



# **Zeit für Familie!**

**Beitrag zur Vorbereitung  
des 7. Familienberichts**

**Dokumentation  
der Fachtagung  
am 10./11. Februar 2004 in Berlin**

Herausgeber:

Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bereich Pastoral, Bonn

## Vorwort

Den 7. Familienbericht nicht erst kommentieren, wenn er fertig erstellt und veröffentlicht ist, sondern schon während der Phase der Erarbeitung einen Diskussionsbeitrag dazu liefern, der von der Sachverständigenkommission wahrgenommen und berücksichtigt werden kann: Das war das Anliegen einer Fachtagung, die auf Initiative der Kommission für Ehe und Familie der Deutschen Bischofskonferenz am 10./11. Februar 2004 in der Katholischen Akademie Berlin stattfand.

Um diesen Beitrag aus der spezifischen Perspektive der katholischen Fachleute für Ehe und Familie heraus zu formulieren und ihn dann in einen allgemeinen Diskurs einzubringen, folgte die Tagung einem zweistufigen Schema. Am Nachmittag des 10. Februar begann die Veranstaltung nach Eröffnung durch Georg Kardinal Sterzinsky, den Vorsitzenden der Kommission für Ehe und Familie, mit einer internen Konferenz der Vertreter der katholischen Fachverbände im Bereich Ehe und Familie. Die hier erarbeiteten Überlegungen bildeten eine wichtige Grundlage für die Diskussionen am Vormittag des 11. Februar. Diese wurden in einer erweiterten Runde von Fachleuten aus der Familienarbeit, der Familienwissenschaft und der Familienpolitik geführt und ergänzt durch zwei unterschiedlich fokussierte Referate namhafter Wissenschaftler: Prof. Dr. Hans Bertram, der Mikrosoziologie an der Humboldt-Universität Berlin lehrt und zugleich den Vorsitz der Sachverständigenkommission zur Erstellung des 7. Familienberichts hat und Prof. Dr. Arno Anzenbacher, der Sozialethik an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz lehrt.

In einem abschließenden Statement trug P. Dr. Manfred Entrich OP, Sekretär der Kommission für Ehe und Familie, die Anliegen der katholischen Familienfachleute nochmals zusammenfassend vor, um sie so Prof. Dr. Bertram und der Berichtskommission mit auf den Weg zu geben. Auf diese Weise stellt das Fazit in pointierter Weise den Ertrag der Diskussionen dar und beinhaltet wesentliche Wünsche der katholischen Familienfachverbände an den 7. Familienbericht.

Robert Wessels  
Kommissariat  
der Katholischen Bischöfe  
  
Berlin

Michael Feil  
Sekretariat der  
Deutschen Bischofskonferenz  
Bereich Pastoral  
  
Bonn

## Inhaltsübersicht

Vorwort	2
Begrüßung und Einführung	4
Erzbischof Georg Kardinal Sterzinsky	
Zeit für Kinder	6
Prof. Dr. Hans Bertram	
Zeit für Familie	19
Prof. Dr. Arno Anzenbacher	
Zeit für Familie!	28
Thesen zur Zukunft der Familie in Deutschland	
P. Dr. Manfred Entrich OP, Zusammenfassung und Vortrag	
Beteiligte katholische Verbände	32

---

Bezugsadresse:

Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz,

Bonner Talweg 177 53129 Bonn, [pastoral@dbk.de](mailto:pastoral@dbk.de)

# Begrüßung und Einführung

Erzbischof Georg Kardinal Sterzinsky

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

zu unserer Fachtagung „Zeit für Familie!“ begrüße ich Sie sehr herzlich hier in der Katholischen Akademie Berlin. Diese Fachtagung versteht sich, wie dem Untertitel zu entnehmen, als Beitrag zur Vorbereitung des 7. Familienberichts.

Anfang des Jahres 2003 hat die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine Sachverständigenkommission unter Leitung von Prof. Dr. Hans Bertram von der Humboldt-Universität Berlin einberufen, die bis Mitte 2005 den 7. Familienbericht im Auftrag der Deutschen Bundesregierung erstellen wird. Der Bericht soll die Situation der Familien in der Bundesrepublik Deutschland umfassend darstellen.

Ausdrücklicher Wunsch des Ministeriums war es, dass die Inhalte des Berichtes nicht erst nach Fertigstellung in der Fachöffentlichkeit diskutiert werden. Vielmehr soll die Kommission schon während der Phase der Erstellung die Berichtsinhalte nach außen kommunizieren.

Darin liegt eine Chance für die katholische Kirche und für alle katholischen Verbände und Institutionen, die sich im Bereich Ehe und Familie engagieren: Frühzeitig können wir bei der Erarbeitung des Familienberichts unsere Sichtweise der Situation von Familien in Deutschland beitragen. Diese Chance gilt es zu nutzen.

Deshalb haben wir Sie als Vertreter der katholischen Verbände zu dieser Fachtagung eingeladen. Die katholischen Verbände, die im Bereich Ehe und Familie tätig sind, verfügen - davon bin ich überzeugt - über die entsprechende Fachkompetenz, über die nötige politische Vernetzung und zugleich über die erforderliche Praxisnähe, um die Situation der Familien in Deutschland zu analysieren. Vor diesem Hintergrund gilt es, unsere Anliegen an den 7. Familienbericht zu formulieren. Ich danke Ihnen daher schon jetzt für Ihr Interesse und Ihre Bereitschaft, sich an unseren Beratungen zu beteiligen und Ihre Kompetenzen in diesen Prozess einzubringen.

Inhaltlich wird sich die Fachtagung an einem der Schwerpunkte des Berichts orientieren und so die Thematik der Balance zwischen Familie, Berufswelt und Gesellschaft aufgreifen.

Diese Balance ist in erster Linie eine Leistung, die von Familien erbracht wird. Dies gilt in gleicher Weise für das tägliche Leben wie für den langfristigen biographischen Zusammenhang. Familie muss Balance halten zwischen Innenleben und Außenbezügen, zwischen Anforderungen und Ressourcen. Nicht zuletzt aber muss sie auch Zeiträume ausbalancieren:

Zeiträume, die für verschiedene Lebensbereiche der Familiengemeinschaft und der einzelnen Familienmitglieder zur Verfügung stehen sollen.

Eine vorausschauende staatliche Rahmgebung wird sich darauf ausrichten, die Familie in der Erbringung dieser Leistung subsidiär zu unterstützen. Denn das, was in der Familie im privaten Bereich geleistet wird, wirkt sich unmittelbar und nur schwer ersetzbar auf den öffentlichen Bereich aus. Je besser es der Familie gelingt, eine stabile, langfristig tragfähige Balance zu verwirklichen, desto mehr profitieren auch Berufswelt und Gesellschaft.

Wer balanciert, braucht Spielraum. Damit Familie ihre Balance in einem komplexen gesellschaftlichen Umfeld in sinnvoller Weise halten kann, sind Handlungsspielräume, Zeiträume, Wahl- und Veränderungsmöglichkeiten nötig. Zugleich sind grundlegende gesellschaftliche Konsense erforderlich: Wertkonsense beispielsweise, aber auch Zeitkonsense. Sie ermöglichen es, die ausgesprochen verschiedenen Außenbezüge von Familie zu koordinieren. Andere gesellschaftliche Systeme müssen Familie als unverzichtbares Teilsystem ernst nehmen. Die Voraussetzungen für die Erbringung dieser Leistung „Balance“ dürfen nicht in die private Verantwortung abgeschoben werden. Balance ist zwar auch Aufgabe der Familie, aber nicht einfach nur „ihr Problem“.

Es gilt, auf die Stolpersteine aufmerksam zu machen, die Familien in Deutschland heute besonders behindern:

- Sei es der Mangel an Zeitressourcen, unter dem viele Familien leiden,
- seien es die vielfältigen Probleme bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- oder seien es die strukturellen Rücksichtslosigkeiten, mit denen Familien in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens zu kämpfen haben.

Unter dieser Rücksicht wollen wir die Situation der Familie genauer betrachten und anhand der Thesen diskutieren, die im Vorfeld dieser Tagung entwickelt wurden.

Morgen werden wir im erweiterten Teilnehmerkreis das Gespräch mit den beiden eingeladenen Fachleuten suchen: Prof. Dr. Hans Bertram, der an der Humboldt-Universität Berlin Soziologie lehrt und Vorsitzender der Expertenkommission zum 7. Familienbericht ist und Prof. Dr. Arno Anzenbacher, der an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz Christliche Sozialethik lehrt.

Uns allen wünsche ich eine erfolgreiche Tagung und ein fruchtbares Gespräch. Den Familien aber wünsche ich insbesondere, dass wir auf dem Weg zu mehr Familienfreundlichkeit einen kleinen Schritt vorankommen.

# Zeit für Kinder

Prof. Dr. Hans Bertram

## 1. Einleitung

Familie ist wieder zu einem aktuellen Thema geworden, und zwar unter ganz verschiedenen Gesichtspunkten. Zum einen wird bei der demografischen Entwicklung in Deutschland gefragt, warum wir nicht genug Kinder für die Sicherung der Renten bekommen. Wahrscheinlich denken die meisten Eltern, die sich für Kinder entscheiden, nicht über diese Frage nach, das heißt hier wird auf der Makroebene argumentiert, die aber natürlich mit den subjektiven Entscheidungen der Personen nichts zu tun hat. Das zweite große Diskussionselement betrifft die Entwicklung des Humankapitals in modernen Gesellschaften, nämlich die Frage, ob sich unsere Kinder eigentlich so entwickeln können und ob sie so ausgebildet werden, dass sie den Anforderungen der Zukunft gewachsen sind. Diese Themen werden jetzt zu Anfang gestreift, um die demografische Entwicklung zunächst nur unter der Perspektive von Zeit zu betrachten.

## 2. Der demographische Wandel

Der Blick auf die demografische Entwicklung in Deutschland zeigt bei den Frauen, die 1965 geboren wurden, also den jetzt knapp 40-jährigen, dass sich in dieser Geburtskohorte von 1000 Frauen 80 Frauen für 4 Kinder entscheiden, 110 Frauen für 3 Kinder, 311 Frauen für 2 Kinder und 175 Frauen für 1 Kind; dazu kommen aber 320 Frauen in diesem Altersjahrgang, die sich, nach den Daten der amtlichen Statistik, für kein Kind entscheiden: Ein Drittel der Frauen des Geburtsjahrgangs 1965 bleibt kinderlos. Vom Geburtsjahrgang 1940, also eine Generation vorher, waren nur 100 Frauen kinderlos geblieben, vermutlich aufgrund medizinischer Gründe, die es hier auch zu beachten gilt.

Bei einer statistischen Kehrtwendung, wenn wir die 320 Frauen ohne Kinder nicht mehr betrachten, sondern nur noch die Frauen, die sich für Kinder entschieden haben, dann können wir feststellen, dass heute 1000 Mütter zusammen 2141 Kinder großziehen. Wenn wir das jetzt auf die Perspektive der Kinder beziehen, wachsen immerhin 476 Kinder in einer Vier-Kinder-Familie auf, immerhin 489 Kinder in einer Familie mit 3 Kindern, 918 in Zweikinder-Familien und nur 258 als Einzelkind. Das Statistische Bundesamt zählt seit 1957 die Zahl der Kinder in Ein-Kind-Familien als unverändert; anders ausgedrückt wachsen fast die Hälfte aller Kinder in Deutschland mit 2 oder 3 Geschwistern auf. Das führt zur ersten These, die von dem Bielefelder Soziologen Kaufmann stammt: Offensichtlich gibt es in Deutschland

eine Polarisierungstendenz zwischen einer Gruppe von Frauen, die sich aus welchen Gründen auch immer kinderlos bleiben, und einer anderen Gruppe von Frauen, die sich für Kinder entscheiden. Und diese Gruppe von Frauen, die sich heute für Kinder entscheiden, scheinen sich nicht viel anders zu verhalten als die Mütter früherer Altersgruppen. Für die Kinder hat das eine klare Konsequenz, da fast die Hälfte aller Kinder in Drei- und Vier-Kinder-Familien aufwachsen (wenn 100 Mütter je 4 Kinder haben, sind das 400 Kinder gegenüber 100 Einzelkindern von 100 Müttern).

### 3. Rollenmuster für Familie und Beruf

Die Frage, wie es in einer modernen Gesellschaft zu einer solchen Polarisierung kommt, ist außerordentlich umstritten, weil es europaweit einen Geburtenrückgang gibt, der jedoch unterschiedlich ausgefallen ist. Italien oder Spanien haben ähnliche Zahlen wie Deutschland, aber in Russland und vielen osteuropäischen Ländern ist die Geburtenrate inzwischen niedriger als in Italien und liegen nur noch bei 1,0. Das ist extrem niedrig, und man muss sich nach den Ursachen fragen. Nun sagen die durchschnittlichen Geburtenraten wenig über die eigentlichen Entwicklungen aus, weil diese in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich sind. Beispielsweise bekommen in Italien fast alle Frauen ein Kind, anders also als bei uns mit dem kinderlosen Drittel der Frauen. Dazu gibt es verschiedene Theorien, und ich skizziere Ihnen eine Theorie, die die unterschiedliche europäische Geburtenentwicklung auf kulturelle Differenzen zurückführt und die ich für recht plausibel halte. Eine junge Frau in Italien, die eine qualifizierte Ausbildung hat, einen Beruf ausüben und selbständig sein möchte, kann das eigentlich nur ohne Kinder erreichen. Sobald sie heiratet und ein Kind bekommt, tritt sie wieder in das traditionelle italienische Familiensystem ein; das heißt die vorhandene Emanzipationsphase wird mit der Geburt eines Kindes beendet und die Frau ist wieder in die traditionelle italienische Familie integriert. So versuchen viele junge Frauen sich zu qualifizieren und sind lieber arbeitslos, wenn sie keinen Arbeitsplatz finden, als dass sie sofort heiraten, weil sie wissen, dass dahinter ein traditionelles Lebensmuster steht, das sie möglicherweise in dieser Form nicht leben wollen.

In Nordeuropa gibt es ein ganz anderes Muster, und zwar nicht nur in den skandinavischen Ländern, sondern beispielsweise auch in England. Hier bedeutet ein Kind häufig Emanzipation vom Elternhaus: Wenn eine junge Frau ein Kind bekommt, kann sie sich in diesem Sinne von der Herkunftsfamilie abgrenzen. Als Konsequenz dieses Modells gibt es auf der einen Seite viele ledige Mütter, zum Zweiten aber auch viele sehr junge ledige Mütter, weil auch ein Teenager mit 16 Jahren sich auf diese Weise vom Elternhaus abgrenzen kann. Zum Dritten gibt es ein mitteleuropäisches Modell, mit Ausnahme von Frankreich, das ich noch gesondert erwähne. Im mitteleuropäischen Modell ist zwar die Emanzipation der jungen Frauen mög-

lich, aber dann mit der Entscheidung für Kinder entsteht ein extremer Druck aufgrund einer ganz spezifischen kulturellen Tradition, dass nämlich eine gute Mutter eine ganz bestimmte Perspektive auf ihre Kinder einnimmt. Nicht nur für Deutschland, sondern auch für die Niederlande oder Österreich gilt, dass sich eine gute Mutter den Bedürfnissen und Wünschen der Kinder „unterordnet“. In unserer Kultur, so die These eines französischen Demographen, versuchen wir die Frage der Kinderbetreuung stark normativ über ein bestimmtes Rollenmodell der Frau in unserer Gesellschaft zu regulieren. Das ist anders als in Italien oder in Nordeuropa, und bestimmte kulturelle Lebensmuster lassen sich nicht einfach wegschieben, weil wir natürlich alle Teil einer bestimmten Kultur sind. Wenn diese These richtig ist, und vieles spricht dafür, hat das mehrere Konsequenzen.

Als erste Konsequenz wird eine junge Frau, die sich in der modernen Gesellschaft entsprechend entwickeln will, beispielsweise die Geburt des ersten Kindes möglichst lange aufschieben, weil sie sich subjektiv mit dem Problem konfrontiert sieht, mit der Entscheidung für ein Kind in eine Situation der Unverträglichkeit zu kommen zwischen den Erwartungen in Bezug auf das Kind und denen in Bezug auf den Beruf. Das lässt sich in Deutschland am Bildungssystem gut verdeutlichen. Vermutlich gibt es weltweit kein Bildungssystem, das nicht nur so lange dauert, sondern auch so abgeschottet gegenüber Familien und Kindern ist wie das deutsche Bildungssystem. Bei einer akademischen Bildung muss man in Deutschland davon ausgehen, bis zum 26. oder 28. Lebensjahr ökonomisch abhängig zu sein, ohne selbstständig über sein Leben zu entscheiden. Gleichzeitig ist damit zu rechnen, nach Abschluss einer solchen Ausbildung etwa sieben Jahre für die berufliche Etablierung zu brauchen, so dass man etwa Mitte 30 ist. Nach einer Zeitreihe zur Menge der Berufswechsel nach der Ausbildung bis zum 30. Lebensjahr der 1910 geborenen Frauen bis zu den 1970 geborenen Frauen lässt sich zeigen, dass erst bei den Frauen, die nach 1950 geboren wurden, die Zahl der Berufswechsel bis zum 30. Lebensjahr wieder auf durchschnittlich fünf Berufswechsel ansteigt, wie bei der ältesten Frauengruppe. Die Integration ins Erwerbsleben wird offensichtlich auch in der Gegenwart zunehmend schwieriger mit der Konsequenz, dass es eine Diskrepanz gibt zwischen den Lebensvorstellungen in Bezug auf das Privatleben auf der einen und die berufliche Integration auf der anderen Seite, und in dieser Schärfe ausgeprägt vermutlich nur in Deutschland.

Eine weitere Konsequenz sind schlicht biologische Faktoren, die man nicht außer Acht lassen kann. Wenn eine Frau von 35 Jahren mit einem Mann von 35 bis 37 Jahren ins Bett geht, ist die Wahrscheinlichkeit, dass dann ein Kind entsteht, etwa 15 Prozent; wenn beide Mitte 20 sind, liegt die Wahrscheinlichkeit bei 50 Prozent, denn die biologische Uhr gibt es nicht nur bei Frauen, sondern auch bei Männern. Als Konsequenz wird mit zunehmendem Lebensalter die Wahrscheinlichkeit für Kinder, selbst wenn man sie haben will, immer geringer. Hier liegt vermutlich auch eine Erklärung für den unglaublichen Boom der Reproduktionsmedizin. Dar-

in liegt aber auch eine Erklärung, warum in Deutschland ausgerechnet die akademisch gebildeten Frauen relativ wenig Kinder bekommen: Auf der einen Seite schließt das Bildungssystem das quasi aus, selbst wenn die junge Frau es wollte, dann ist die berufliche Etablierungsphase bei uns relativ lang mit der Konsequenz, dass man nicht mehr in der Lage ist, die Kinder zu bekommen, die man gern haben möchte.

#### 4. Bildung, Beruf und Familie

Daher geht die erste Forderung: nach Zeit für Kinder paradoxerweise an den Staat und das Bildungssystem, nämlich sich so umzuorganisieren, dass sich neue und unterschiedliche Lebenswünsche auch realisieren lassen. Der Unterschied in den Bildungssystemen macht deutlich, dass es keine Utopie ist. In den angelsächsischen Ländern bis zu den USA, aber auch in Frankreich sind die Studiengänge alle gestuft, das heißt man kann beispielsweise nach einem BA-Abschluss mit 22 bis 23 Jahren zunächst mit diesem Examen arbeiten gehen, was auch vielfach geschieht, um dann später wieder einzusteigen in einen MA-Studiengang, um eine weitere Qualifikation zu erwerben. Frankreich hat sein Bildungswesen als ein Concourssystem organisiert, das heißt mit einem ersten Concours kann man etwa Grundschullehrer oder Grundschullehrerin werden, um gegebenenfalls später einen weiteren Concours zu machen, um Gymnasiallehrer zu werden, oder einen weiteren Concours machen, um Professor zu werden. Auch dieses System ist gestuft und ermöglicht es den Menschen, zwischen den Stufen immer wieder aus- und neu einzusteigen. Unser Bildungssystem ist hingegen rigoros nur auf die Erstausbildung angelegt. Das führt zu der These, dass man das, was man nicht in den ersten 30 Jahren des Lebens gelernt hat, später nicht mehr lernen kann. Wenn wir also in Deutschland mehr Zeit für die Familiengründung haben wollen, müssen sich der Staat und die Bildungseinrichtungen überlegen, ob unser deutsches System wirklich sinnvoll ist oder ob wir nicht Modelle anderer Länder übernehmen müssen, sei es das französische Concourssystem oder das angelsächsische BA/MA-System.

Daran lässt sich noch eine weitere Betrachtung anschließen. In Deutschland sind, auch deutlich unterschiedlich zu vielen anderen Ländern, die typischen Dienstleistungsberufe im Wesentlichen so organisiert, dass sie eigentlich keine Vereinbarkeit von Familie und Beruf zulassen, sondern ganz anders strukturiert sind. Wenn eine Frau Erzieherin oder auch Krankenschwester wird, geht man von aus, dass sie sich für diese beruflichen Aufgaben voll einbringt, das aber vielleicht nur für fünf oder sechs Jahre und sich dann in das Privatleben zurückzieht. Dies sind keine Karriereberufe, sondern Berufe, die eine Arbeitszeit von wenigen Jahren vorsehen ohne darauf aufbauende Anschlussstätigkeit. In unseren Universitäten, Fachhochschulen und sonstigen Bildungseinrichtungen denkt fast niemand darüber nach, wie eigentlich Bildungsangebote organisiert sein könnten, dass jemand etwa fünf Jahre berufstätig ist, sich dann

drei oder vier Jahre für ein Kind entscheidet, dann entsprechende Bildungsangebote bekommt, um mit 35 Jahren noch mal etwas ganz Neues zu machen. Ein solches Muster ist in unserer Gesellschaft einfach nicht vorgesehen, und solange das so ist, bleibt auch der Gegensatz bestehen, den ich beschrieben habe.

## 5. Ökonomie und Familie

Nun könnte man schlussfolgern, dass sei überhaupt nicht schlimm, weil die Mütter, die sich für Kinder entscheiden, gar nicht arbeiten wollen, sondern sich eigentlich um ihre Kinder kümmern wollen. Hier ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Ökonomie in unserem Lande auch eine Rolle spielt. Nach den ökonomischen Fakten wird in den neuen Bundesländern ungefähr 40 bis 50 Prozent des Haushaltseinkommens durch des Einkommens der Ehefrau oder Lebensgefährtin erwirtschaftet, und auch in den alten Bundesländern liegt dieser Anteil zwischen 25 und 45 Prozent. Wenn ein Elternteil sich jetzt nur den Kindern widmen wollte, würde das für einen großen Teil der Haushalte bedeuten, dass schlicht 25 bis 45 Prozent des Einkommens entfallen, was in der Regel gar nicht geht. Im Unterschied zur Müttergeneration lässt sich nachvollziehbar zeigen, dass die Haushalte in dem Maße mehr Geld brauchen, in dem in einer Ökonomie immer mehr Leistungen über den Markt abgewickelt werden. Bei einem großen Garten irgendwo auf dem Lande kann ein Großteil des Haushaltes mit nicht marktkonformen Mitteln erwirtschaftet werden. Sobald das nicht mehr möglich ist, steigt die Nachfrage nach Geld auch in einem Familienhaushalt.

Hinzu kommt, und darüber denkt die Familienpolitik in der Regel nicht nach, dass der unglaubliche Wandel der modernen Gesellschaft von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft notwendigerweise dazu führt, dass immer mehr Leistungen, die traditionellerweise im Haushalt erwirtschaftet wurden, heute „outsourced“ werden: Immer mehr Produkte werden über den Markt abgewickelt, die bisher im Haushalt erwirtschaftet wurden. Dieser Trend ist auch nicht zurückzudrehen. Ob sich das so entwickelt wie in den Vereinigten Staaten, wo sich ein Menü mit mehreren Gängen innerhalb einer Viertelstunde produzieren lässt, weil alle Halbfertigprodukte im Supermarkt zu kaufen sind, mit denen sich in der Mikrowelle ein individuell zusammengestelltes Menü erzeugen lässt, sei dahin gestellt. Aber es ist völlig klar, dass ein Teil dieser Produktion über den Markt abgewickelt wird. Als Konsequenz davon ist mehr Geld erforderlich. Dieser Prozess hat nichts mit dem Wünschen und Wollen der einzelnen Subjekte zu tun, sondern ist ein ökonomischer Prozess, den wir im Augenblick weltweit beobachten können. Auch in Deutschland können wir uns dem nicht widersetzen, weil alle Ökonomen davon ausgehen, dass die zukünftigen Gesellschaften den größten Teil ihrer Güterproduktion über Dienstleistungen abwickeln.

## 6. Zeitmuster

Mit diesen Überlegungen als Ausgangspunkt kommen wir gleich zu dem nächsten großen Thema, das wiederum direkt mit der Zeit für Kinder zu tun hat. Die zunehmende Ausweitung von Dienstleistungsprodukten führt unweigerlich zum Zerbrechen der klassischen Zeitmuster. Die Industriegesellschaft hatte ganz klassische Zeitmuster geschaffen: wer wie ich in der Nähe des Ruhrgebietes aufgewachsen ist, weiß noch ganz genau, wie die Siemens-Martins-Birne den Zeitrhythmus des Alltags im Einzelnen bestimmt und einen klaren Zeittakt vorgegeben hat. Wenn um 6 Uhr die Frühschicht begann und um halb 7 der Anstich, dann mussten um 6 Uhr alle Stahlwerker da sein, folglich war um 8 Uhr Schulbeginn: erst fing der Vater an, dann mussten die Kinder in die Schule und entsprechend war der Bürobeginn. 13 Uhr war Schulschluss, um 14 Uhr kam der Vater nach Hause. Dieser Zeittakt lässt sich bis zu den U-Bahn-, S-Bahn- und Straßenbahnplänen verfolgen, und auch wenn wir das heute antiquiert finden, war es eine ganz große kulturelle Leistung, die private Zeit und die berufliche Zeit so zu organisieren, dass die Menschen diesem Zeittakt entsprechend auch organisiert sein konnten. Heute lächeln wir vielleicht darüber, dass die Gewerkschaften in den 50er Jahren Plakate klebten mit dem Argument „samstags gehört Papi mir“. Dahinter stand die Vorstellung, dass die kontinuierliche Warenproduktion bei der Stahlverformung doch so organisiert sein sollte, dass es hier auch Zeit für die Familie gab.

Die Industriegesellschaft hatte ein bestimmtes kulturelles Muster entwickelt, wie Zeit und Familienzeit organisiert sein konnten. Nun ist die Zeit in einer Dienstleistungsgesellschaft völlig anders organisiert und folgt nicht mehr einem klaren Rhythmus. Das hat aber ganz erhebliche Konsequenzen. Von den Produkten, die eine große deutsche Telefonfirma heute am Markt hat, gab es ungefähr 90 Prozent dieser Produkte Mitte der 90er Jahre noch nicht. 90 Prozent sind ganz neu auf den Markt gekommen, und zwar nur deswegen, weil diese Firma sich radikal umgebaut hat. Das bedeutet, dass jemand, der bestimmte Güter anbieten oder bestimmte Arbeitsleistungen erbringen will, gezwungen ist, zwischen 16 und 20 Uhr präsent zu sein oder möglicherweise am Wochenende, nicht aber zwischen 8 und 15 Uhr. Die amerikanische Firma IBM macht heute mehr als 50 Prozent ihres Umsatzes mit so genannten Dienstleistungen. Diese Dienstleistungen werden aber rund um die Uhr und weltweit angeboten. Wer als Broker in einem Handelshaus arbeitet, richtet seinen Zeitrhythmus nach den Uhren in Tokio und New York und nicht mehr nach den Produktionszeiten. Als Konsequenz daraus sind die klaren gemeinsamen Zeitstrukturen in modernen Gesellschaften vollständig zerbrochen, so dass plötzlich in einer ganz unglaublichen Weise Berufszeit oder auch öffentliche Zeit in die Familienzeit eindringt. Wir stehen heute vor dem Problem, dass die Alltagszeit nicht mehr klar strukturiert ist und wir unsere Alltagszeit jetzt plötzlich ganz neu und individuell organisieren müssen.

## 7. Das Zerbrechen der Alltagszeit

Nun kann man sagen, dass sei überhaupt kein Problem, weil Gesellschaften es immer geschafft haben, sich dem Wandel der ökonomischen Struktur anzupassen. Das ist sicher so, nur haben wir heute mit weiteren Hinterlassenschaften der Industriegesellschaft zu kämpfen, die unsere Zeitstrukturen noch mehr verkomplizieren. Bekannterweise wollen Eltern zumeist für ihre Kinder einen Sandkasten haben, damit die Kinder dort unbeaufsichtigt spielen können. In Zeitkategorien ausgedrückt heißt das: Kinder, die im Erdgeschoss oder in einem Einfamilienhaus wohnen, haben am Tag rund 70 Minuten unbeaufsichtigte Spielzeit; mit zunehmender Geschosshöhe sinkt die unbeaufsichtigte Spielzeit: Im dritten Stock sind es nur noch 20 Minuten pro Tag. Als Konsequenz dieses Elternwunsches ziehen die Familien immer weiter ins Grüne. Die Arbeitsplätze wandern aber nicht in der gleichen Weise mit. Das heißt, macht man etwas für die Kinder, ist ein zusätzliches Zeitbudget zu bewältigen, weil zusätzliche Anfahrtszeiten zu leisten sind, ein ganz einfaches Problem, das sich nicht direkt lösen lässt.

Dieses simple Problem wird aber sozialpolitisch noch komplizierter, weil es in den urbanen Zentren nicht nur die Arbeitsplätze gibt, sondern auch die Infrastruktur für Kinder. Weil die Kinder nun aber nicht notwendigerweise dort leben, wo die Infrastruktur ist, transportieren die Eltern ihre Kinder morgens zur Infrastruktur, anschließend sich zur Arbeit und abends das Gleiche wieder zurück. Und um die Gemengelage noch komplizierter zu machen, werden Sie mit Blick auf die demografische Entwicklung feststellen, dass die Infrastruktur durch die zurückgehenden Kinderzahlen immer schwerer mit Kindern zu füllen ist. Als Konsequenz werden die Wegstrecken beispielsweise zur Kinderbetreuung oder zur Schule immer größer, stimmen nicht mehr mit den Berufsstrecken überein und führen zu einem Zeitpuzzle, das kaum noch organisierbar ist. In ihrem Buch „The Overworked America“, das es auf die Bestsellerliste der New York Times geschafft hat, was für soziologische Bücher eher selten ist, beschreibt meine amerikanische Kollegin Schor genau diesen Prozess, der in Amerika noch ein Stück weiter ist, was man bei uns auch beobachten kann. Wenn die Einkaufszentren noch woanders sind, ist man permanent unterwegs. Dieses Problem bestand in einer traditionellen Industriegesellschaft nicht, wo die Arbeitsorte zumeist in einem Bereich konzentriert waren und die Wohnorte in anderen Stadtbereichen und man zwischen Wohnen und Arbeiten hin- und herpendelte. Ein Kernproblem moderner Gesellschaften besteht also darin, dafür zu sorgen, dass die private Zeit in einer Weise organisiert werden kann, dass unterschiedliche Zeitbedürfnisse koordinierbar sind. Und wenn darüber hinaus, nach den Unterlagen des ILO in Bonn, 80 Prozent aller Arbeitnehmer in Deutschland nicht mehr mit fester Arbeitszeit arbeiten, sondern schon in irgendeiner Form von flexibler Arbeitszeit, ist absehbar, dass die hier beschriebenen Tendenzen sich weiter entwickeln.

## 8. Veränderte Lebensläufe

Nun könnte man angesichts der beschriebenen Entwicklungen zur Dienstleistungsgesellschaft und zur Zeitauflösung sagen, dass der Geburtenrückgang doch dann dazu führt, mehr Zeit zu haben. Jedoch gibt es einen weiteren Wandel, der den Zeithaushalt noch weiter begrenzt. Die Menschen werden heute immer älter: Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren etwa 5 Prozent der Bevölkerung über 65 Jahre. Wir hätten heute bei solchen Zahlen keine Rentenprobleme zu lösen, denn für Bismarck war das kein Problem, weil es keine Rentner gab, so konnte er also großzügig sein. Jedoch passiert als Folge der allgemeinen höheren Lebenserwartung auch etwas mit den Familienbeziehungen. Diese dauern plötzlich ein Leben lang, und das heißt für eine Mutter, dass sie davon ausgehen kann, etwa 60 Jahre gemeinsame Lebenszeit mit ihrem erstgeborenen Kind zu haben. Der Vater bringt es wegen der geringeren Lebenserwartung nur auf 55 Jahre.

Zur Zeit des ersten Weltkriegs war die gemeinsame Lebenszeit des Vaters mit seinem Erstgeborenen knapp 20 Jahre, so dass 35 Jahre an gemeinsamer Lebenszeit hinzugekommen sind. Das hat nicht nur Einfluss auf die Familienbeziehungen in den Zeiten der aktiven Kindererziehung, sondern wirkt sich auch auf die Zeiterwartungen aus, da nun 55 bis 60 Jahre gemeinsamer Beziehungen gestaltet werden müssen, selbst wenn man nicht unter einem Dach lebt. Das heißt nun müssen Beziehungen zwischen Eltern und Kindern auch mittel- und langfristig ausgehandelt werden. Gegenüber früheren Generationen ist die Zeiterwartung an die Familien und an die Familienbeziehungen gestiegen und nicht gesunken, was durch die demografische Entwicklung noch verstärkt wird und das Zeitmanagement in der Familie zunehmend kompliziert, nicht nur wegen der externen Änderungen, sondern auch wegen der internen familienstrukturellen Veränderungen. Angesichts der Geburtenentwicklung wird sich dieses Problem eher noch verschärfen. Die Großelternrolle ist ein historisch neues Phänomen dieser Generation, und man muss sich vorstellen, dass ein Kind zu seinen beiden Eltern vier Großeltern hat, mit denen es sich in irgendeiner Weise arrangieren muss. Das bedeutet eine Umdrehung von Beziehungsmustern, die historisch völlig anders gelaufen sind, und wir wissen noch gar nicht, wie diese Beziehungsmuster wirklich angemessen zu bewältigen sind, weil wir in solchen Gesellschaften noch nicht gelebt haben. Das heißt wir müssen auch unsere klassische Vorstellung von Familie in Frage stellen. Die klassische Familienvorstellung war nämlich die Kernfamilie von Vater, Mutter und Kindern in einem Haushalt. Aber natürlich gehören die Großeltern oder die alt gewordenen Eltern irgendwie auch zur Familie, weswegen die Soziologie von multilokalen Familien spricht: Die Familien sind nicht mehr an einem Ort, sondern in mehreren Orten situiert und müssen dies jetzt zusätzlich noch irgendwie bewältigen.

Diese Multilokalität gilt allerdings nicht nur für Familien mit Großeltern, sondern häufig auch für junge Paare: Zwei junge Leute lernen sich bei der Bank in der Lehre kennen; dann schlägt die Bank den beiden als ersten Arbeitsort Frankfurt an der Oder und Frankfurt am Main vor, was zu einem leicht absehbaren Ergebnis führt: Die beiden Partner werden sich ihr Leben so organisieren, dass sie sich am Wochenende irgendwie in Berlin oder wo auch immer treffen, um sich eine gemeinsame Lebensführung zu ermöglichen. Bei den jungen Erwachsenen wird diese Lebensform inzwischen auf fast 20 Prozent geschätzt, die nicht da ist, weil man mit dem anderen nichts zu tun haben will, sondern weil offenkundig die Organisation des Lebens besonders komplex geworden ist. Und auch hier ist Deutschland, aus welchen Gründen auch immer, ein Schlusslicht. Denn bei den unter 30-jährigen Frauen in Deutschland geben nur die Hälfte einen festen Partner an, während es etwa in Frankreich 90 Prozent sind. Offensichtlich führt die Gesellschaftsformation, die wir gerade in Deutschland erleben, auch dazu, dass es zunehmend schwierig wird, dauerhafte Bindungen einzugehen, weil die Mobilitätsstrukturen dem entgegenstehen. Daher gibt es zusätzlich das Problem zu lösen, wie sich unter solchen Bedingungen überhaupt dauerhafte Bindungen organisieren und wie sich auch die Obligationen etwa gegenüber den alt gewordenen Eltern in angemessener Weise befriedigen lassen. Multilokalität führt eben auch zu zusätzlichen Zeitproblemen.

Jetzt stellt sich die Frage, wie wir damit umgehen können, welche Möglichkeiten es gibt, mit dieser Art von Zeitorganisation zu leben, oder wir dem hilflos ausgeliefert und darauf angewiesen sind, auf Dauer quasi Singles und Nomaden zu werden. Offensichtlich ist, wie mein Kollege Richard Münz meint, der moderne Nomade - ohne Bindungen, hoch qualifiziert und dreier Sprachen mächtig - für die postmodernen Gesellschaften optimal vorbereitet. Als Soziologe sehe ich das eher skeptisch, denn sowohl das Humankapital wie auch das Sozialkapital moderner Gesellschaften nähmen dann nicht nur großen Schaden, sondern es würde sich ein in meinen Augen problematischer Trend verstärken, wie er sich bereits bei manchen Firmen abzeichnet. In einer solchen Gesellschaft kann natürlich die Firma Ersatz für externe soziale Beziehungen werden, indem die Firma mit ihren Mitarbeitern wie in einem Mönchsorden lebt und alle Aktivitäten an Sport und Unterhaltung in der Nähe der Firma anbietet. Bei einigen amerikanischen Firmen ist es offensichtlich die Vision, dass die Firma in der Mitte platziert ist und die Mitarbeiter um die Firma herum wohnen, und vom Golfplatz über den Segelplatz bis zum Fitness-Zentrum alles da ist. Man kann eigentlich ständig in der Firma bleiben und alle Kontakte in der Firma organisieren, ohne aus diesem Leben heraustreten zu müssen.

Diese moderne Form mönchischen Lebens, bei der alles auf eine bestimmte Organisation bezogen ist, kann jedoch in meinen Augen keine angemessene Zukunftsvision sein. Wir müssen uns für die Zukunft mit dieser Zeitfrage so auseinandersetzen, dass wir Visionen entwickeln

können, wie wir in unserer Gesellschaft nicht nur Mönchsorden bilden, sondern wie sich soziale Beziehungen, nämlich Sozialkapital und Humankapital, entwickeln können. Die öffentlich vorherrschende Vorstellung für Kinderbetreuung durch eine flächendeckende Infrastruktur birgt das oben benannte Problem, dass möglicherweise die Kinder dann nicht da sind, wo die Infrastruktur ist. In der zu erwartenden langen Debatte lohnt es sich, nach Frankreich zu schauen. Der französische Präsident Mitterand hatte zu Beginn seiner ersten Amtsperiode 300.000 neue Plätze im Bereich der Kinderkrippen versprochen, doch am Ende seiner 14-jährigen Amtszeit waren es nur 20.000 geworden. Der Grund liegt in einem ähnlichen Problem wie in Deutschland: Die Kommunen fanden das Programm toll, hatten aber kein Geld. Die Franzosen haben aber daraus gelernt, und es lohnt sich, die Lösung genauer anzuschauen. Sie haben nämlich einen neuen Beruf gebildet, den wir in dieser Form gar nicht kennen: die Tagesmutter mit akademischer Qualifikation oder die lizenzierte Tagesmutter: Wer in Frankreich als Tagesmutter tätig sein will, braucht die gleiche Ausbildung und die gleiche Qualifikation wie die Leiterin einer Ecole Maternelle. Mit diesen außerordentlich gut qualifizierten Frauen ist ein neuer Berufszweig entstanden, mit dem die Gesellschaft auf die demografische Entwicklung in Frankreich flexibel reagieren konnte. Der Grundgedanke waren ein neues Berufsbild und neue Qualifikationen. Ohne das gleich als Modell für Deutschland zu übernehmen, kann darin aber eine Möglichkeit bestehen, die Betreuung von kleinen Kindern auch anders zu organisieren.

Für Deutschland gibt es in dieser Hinsicht eine große Vielfalt von Möglichkeiten, die man nutzen kann. Möglicherweise sehen die Lösungen in Großstädten wie Hannover und Berlin, wo die Wege zu den Infrastrukturen nicht weit sind, anders aus als in den ländlichen Regionen. Die Kultusministerkonferenz führt aktuell eine intensive Debatte über Zwergschulen. Dabei besteht die Gefahr, dass sich die eher reichen Länder Zwergschulen leisten und die eher armen Länder diese Zwergschulen abschaffen mit der Konsequenz, dass in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg die Kinder vom Dorf noch größere Strecken zu bewältigen haben, weil die Schulen und die Lehrer zentral zusammengezogen werden. Der Ausbau der Infrastruktur wird also als Antwort nicht genügen, wir brauchen vielmehr auch neue Modelle aufgrund der massiven gesellschaftlichen Veränderungen.

## 9. Work-Life-Balance

Diese neuen Modelle können nicht allein vom Staat und von den Eltern geschaffen werden. Es gibt hier einen dritten Partner, den man in die Verantwortung nehmen muss, weil das ja auch Geld kostet, nämlich die Industrie und die Unternehmen. Als Beispiel beschreibe ich eine große amerikanische Softwarefirma mit etwa 5.000 Angestellten, von denen, was in diesem Feld ganz selten ist, fast die Hälfte Frauen und Mütter sind. Der Firmenchef gehört mit

oder trotz dieser Firmenpolitik zu den vierzig reichsten Amerikanern, was für ein ganz gut funktionierendes System spricht. Als zentralen Aspekt seiner Politik holte er die Kinder in die Firma. Die amerikanischen Tageschulen schließen in der Regel um 15 Uhr; hier können die Kinder aber auch schon zum Mittagessen gemeinsam mit den Eltern in der Firma sein und sie können nachmittags alle Sporteinrichtungen der Firma nutzen. Die Mitarbeiter können so ihre privaten, persönlichen Bedürfnisse, die sich aus den Zeitproblemen ergeben, als Teil der Firmenkultur interpretieren. Hier gibt es keine klare Trennung mehr zwischen Privat und Firma, aber der Unternehmer ist bereit, die privaten Bedürfnisse auch zu akzeptieren. Aus diesem Grundgedanken ist das Modell der so genannten Work-Life-Balance entstanden, das heute auch in Deutschland intensiv diskutiert wird, wie sich nämlich die unterschiedlichen Lebensbedürfnisse der Menschen, die sich manchmal mit den Firmeninteressen brechen, so organisieren lassen, dass beide Bedürfnisse im Grundsatz gleich berechtigt nebeneinander stehen. Und die Geschichte dieser Firma zeigt weiterhin, dass sie nicht nur ökonomisch erfolgreich ist; die Fluktuation der Mitarbeiter liegt unter 5 Prozent, trotz der bei amerikanischen Computerfirmen dieser Art normalerweise üblichen 25 Prozent, weil hier offensichtlich, statt der Maximierung des Einkommens, diese ganz andere Politik wirkt, die danach fragt, wie sich eigentlich die Dinge so organisieren lassen, dass bestimmte Lebensbedürfnisse einfach berücksichtigt werden. Das steigerte nicht nur den Output der Firma, sondern offensichtlich auch die subjektive Zufriedenheit der Menschen, die in dieser Firma arbeiten.

Nun kann man einwenden, das könnten nur große Firmen machen, weil kleine Firmen zu solchen Angeboten nicht in der Lage seien. Eine Stiftung in Deutschland zeichnet Firmen nach ihrer „Work-Life-Balance“ aus, und erstaunlicherweise gibt es da häufig kleine Firmen mit 100 bis 150 Mitarbeitern, oder etwa die Firma eines Steuerberaters mit 5 Mitarbeiterinnen, der ein sehr kreatives Modell entwickelt hat, wie sich unterschiedliche Zeitbedürfnisse auf die Firma und die Familie beziehen können. Das Wichtigste in unserer Gesellschaft ist heute, dass wir viele neue und unterschiedliche Modelle denken. Historisch hatten wir in der Industriegesellschaft eine klare Differenzierung von Zeit über Beruf und Familie organisiert, die heute aus vielerlei Gründen zusammenbricht. Dieses Zusammenbrechen wird, wenn wir nichts ändern, unser Sozialkapital und unser Humankapital in Frage stellen. Wir müssen eine neue Zeitorganisation schaffen, die möglicherweise in einem Punkt ganz altmodisch ist wie in der Agrargesellschaft. In der Agrargesellschaft war es üblich und notwendig, dass die Produktionsbedingungen des Betriebes und die privaten Lebensbedingungen der Subjekte aufeinander bezogen waren, weil sonst das Überleben der jeweiligen Gemeinschaft nicht möglich gewesen wäre. Wir können keine heile Welt zurückholen, aber wir können zumindest davon lernen, die rigore Trennung der verschiedenen Lebenswelten, wie wir sie heute kennen, nicht zwangsläufig aufrecht zu erhalten.

Das lässt sich theoretisch in zwei Linien durchdenken. Zum einen müssen wir uns den Lebensverlauf anschauen und uns fragen, ob die dreiteilige Organisation des Lebensverlaufs, wie wir sie heute haben, wirklich angemessen ist mit Lernen im ersten Drittel, Arbeiten im zweiten Drittel und danach Erholen. Eine große Volkspartei hat genau dieses Muster noch auf ihrem Parteitag Anfang der 90er Jahre als Ziel formuliert. Abweichend davon lassen sich Lebensverläufe vorstellen, die viel bunter sind, die Lernen, Arbeiten, Familie im Lebensverlauf in wechselnden Phasen angemessen miteinander verbinden. Das bedeutet allerdings für unsere sozialen Sicherungssysteme eine große Umstellung, denn diese sind genau auf diese Dreiteilung eingerichtet und nicht auf eine Vermischung. Ein gutes Beispiel für solche bunten Lebensverläufe gibt es beispielsweise bei der Bundeswehr. Wenn ein junger Mann Offizier werden will, verpflichtet er sich für 12 Jahre bei der Bundeswehr, davon sind 3 Jahre Ausbildung, 3 Jahre Militärtechnik, dann 6 Jahre Militärdienst; nach 2 Jahren Übergang, ist es dann in der Regel 33 bis 35 Jahre und wechselt in einen ganz anderen Beruf. Offensichtlich geht das in diesem Bereich, und die Gesellschaft kann hier scheinbar so viel Geld ausgeben. Man könnte sich vorstellen, das wäre in anderen Bereichen auch so. Bei der Übertragung dieses Modells auf das Bildungssystem könnte man sich vorstellen, die Eingangsvoraussetzung für ein Jurastudium wäre etwa Justizangestellter in einer Vollzugsanstalt, die für ein Medizinstudium die Pflegeausbildung, so dass erst eine einfachere Ausbildung, und möglicherweise später eine höhere Qualifikation absolviert wird. Das hört sich im Augenblick fast revolutionär an, aber das haben uns andere Länder bereits vorgemacht. Und eine größere Buntheit im Lebensverlauf führt möglicherweise zu einer Entspannung der Zeitbedürfnisse.

Die zweite Perspektive betrifft die Alltagszeit. Ich persönlich halte bei der Alltagszeit folgende Entwicklung für möglich: Wir müssen bereit sein zu akzeptieren, dass diejenigen, die im Bereich des Sozialkapitals besondere Leistungen erbringen, und das sind nun mal Eltern und Familien, nicht diejenigen sind, die die Zeitprobleme allein zu lösen haben, vielmehr brauchen wir zur Lösung dieser Zeitprobleme die Kommunen, die Länder und den Bund, und wir brauchen die Industrie. Auch dafür gibt es ein plausibles Beispiel: Der Bürgermeister von Boston, einer relativ großen amerikanischen Stadt und einer der großen Finanzdienstleistungssektoren Amerikas, hat ein After-School-Movement gegründet. Alle führenden Chefs der örtlichen Industrie von Boston denken sich aus, wie sie ihre Manager dazu bringen, sich beispielsweise nach der Schule um Kinderbetreuung zu kümmern, also in sozial benachteiligten Gebieten mit den schwarzen Kindern, die vielleicht nicht mehr in die Schule gehen wollen, Baseball oder sonst was zu spielen. Diese so genannte Sozialzeit müssen die Manager ohne Bezahlung erbringen und sie müssen die Zeit irgendwie reinholen. Es gehört aber zu den beruflichen Erwartungen, die dann jährlich bewertet werden, es wird geprüft, ob jeder solche Formen von Sozialzeit erbracht hat. Dahinter steht die Vorstellung, dass man auch von den führenden berufstätigen Menschen Sozialzeit erwarten sollte.

Erst dann, wenn in einer Gesellschaft klar ist, dass sich alle Gesellschaftsmitglieder, männlich oder weiblich, in dieser Weise gesellschaftlich verbindlich engagieren, und es auch in der Industrie klar ist, dass diese Form von Sozialzeit Teil der Lebenszeit sein muss, erst dann lassen sich die beschriebenen Zeitprobleme lösen. Gerade der Öffentliche Dienst hat in meinen Augen einen besonderen Nachholbedarf, weil er so etwas überhaupt nicht macht. Man stelle sich unsere Bundesverfassungsrichter vor, die ihre Sozialzeit ableisten, indem sie in der Schuldnerberatung arbeiten.

Wenn wie diesen Wechsel zu einem bunteren Lebensverlauf mit der Mischung von unterschiedlichen Phasen und mit unterschiedlichen Aktivitätsbereichen nicht schaffen, schreiben wir tradierte Strukturen fort mit der Konsequenz, dass unser Humankapital und unser Sozialkapital weiter abnehmen werden.

# Zeit für Familie

Prof. Dr. Arno Anzenbacher

Dass dem sozialen Teilsystem Familie eine gesamtgesellschaftlich unverzichtbare Funktion zukommt, ist weitgehend unbestritten. Die Reproduktion der Gesellschaft, die Pflege und Erziehung der Kinder, die Kohäsion und emotionale Stabilisierung der Familienmitglieder, die Haushaltsführung mit ihren ökonomischen, gesundheits- und erholungsorientierten Implikationen sowie die von der Kernfamilie ausgehenden solidaritätsstiftenden und wechselseitig hilfestellenden Vernetzungen im verwandtschaftlichen und nachbarschaftlichen Bereich, vor allem auch zwischen den Generationen, man denke an die familial geleistete Pflege, das alles sind spezifisch familiäre Leistungen, von denen die humane Lebbarkeit der Gesellschaft maßgeblich abhängt.<sup>1</sup> Das soziale Kapital der Gesellschaft, ihr Humanvermögen, wird in familiärer Vermittlung grundgelegt; seine Qualität, sowohl im Blick auf lebenslange Bildungsprozesse, als auch hinsichtlich dessen, was wir "Herzensbildung" nennen können, hängt nicht zuletzt vom Gelingen dieser ursprünglichen Sozialisation ab. Außerdem konfrontiert uns die demographische Entwicklung zunehmend mit der Brisanz der an sich trivialen Tatsache, dass auf Dauer nur ein Kinderland ein Vaterland sein kann.

## I

Diese gesamtgesellschaftlich zentrale Rolle des familialen Teilsystems kontrastiert allerdings mit der Tatsache, dass die konkrete Familie, in der das Teilsystem faktisch existiert, als kleine soziale Gruppen außerordentlich verletzlich und auf Grund vielfältiger Abhängigkeiten in ihrer Funktionalität gefährdet ist. Das gilt einerseits auf Grund ihrer strukturellen Einbettung in das Gefüge der anderen Teilsysteme, etwa der Wirtschaft, der Politik und des Bildungssystems, worauf sich die Rede von der "strukturellen Rücksichtslosigkeit" bezieht. Das gilt aber andererseits auch auf Grund der Probleme, die als Rollen-, Beziehungs- und Bindungsprobleme im Binnenraum der Familie selbst virulent sind und sich nicht auf diese strukturelle Rücksichtslosigkeit reduzieren lassen. Aus der Sicht des Ethikers geht es insofern um die Verschränkung zweier Aspekte, des sozialetischen, der die Gerechtigkeit im strukturell-institutionellen Bereich thematisiert, und des individualetischen, der sich auf die Beziehungen der Personen bezieht, die familial zusammenleben, auf ihre Motivationen, Präferenzen, Handlungsmaximen und moralischen Einstellungen.

---

<sup>1</sup>Franz-Xaver Kaufmann: Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen, München 1995, 29-63.

In dieser komplexen Verschränkung stellt sich auch die Frage nach der familial verfügbaren Zeit. Einerseits handelt es sich dabei um die Zeit, die Frauen und Männer in ihrer biographischen Lebensplanung überhaupt für Familiengründung vorsehen und sich tatsächlich nehmen, etwa angesichts der Tatsache, dass heute in Deutschland rund ein Drittel der Frauen kinderlos bleibt. Andererseits geht es um die Zeit, die in den Familien für die genannten familienspezifischen Leistungen zur Verfügung steht bzw. aufgewendet wird, wobei natürlich die Zeit, die diese Leistungen beanspruchen, je nach der Familienphase und den besonderen Umständen stark variiert.

## II

Für eine sozialetische Überlegung zu Fragen der Ermöglichung und Organisation familialer Zeit legt es sich nahe, vom Argumentationsmuster des Subsidiaritätsprinzips auszugehen, in welchem es um die Allokation der Zuständigkeiten in komplexen Gesellschaften geht.<sup>2</sup> Das Prinzip besagt erstens, dass Gesellschaftstätigkeit nie Selbstzweck, sondern grundsätzlich subsidiär, also hilfestellend ist, da ihr Zweck letztlich kein anderer sein kann als das Wohl der vergesellschafteten Personen. Es besagt zweitens, dass für die Zuordnung der Zuständigkeiten zwischen Personen und einander über-, neben- und untergeordneten sozialen Gebilden zwei normative Grundsätze gelten sollten. Der erste Grundsatz ist das *Hilfestellungsgebot*, von dem das Prinzip seinen Namen hat. Es besagt, dass den je größeren und übergeordneten Sozialgebilden gegenüber den kleineren und untergeordneten eine Verpflichtung zur Hilfestellung zukommt, damit die je kleineren Sozialgebilde dauerhaft ihre Zuständigkeiten wahrzunehmen vermögen.

Der zweite Grundsatz ist das *Kompetenzanmaßungsverbot*. Es verbietet, dass die soziale Sphäre den Personen Zuständigkeiten entzieht, die diese aus eigenen Kräften wahrnehmen können, und es verbietet außerdem, dass je größere, übergeordnete Sozialgebilde den kleineren, untergeordneten derartige Zuständigkeiten entziehen. Otfried Höffe fasst das Prinzip so zusammen: "Keine Zuständigkeit darf höher als nötig angesetzt werden; was das Individuum vermag, darf nicht von der Gemeinschaft beansprucht werden; und was die kleinere Sozial-einheit vermag, darf ihr die größere nicht entziehen."<sup>3</sup> Das Prinzip lässt sich, wie ich meine, gut auf die Frage nach der Ermöglichung und Organisation der familial erforderlichen Zeit beziehen.

---

<sup>2</sup> Zum Folgenden: Otfried Höffe: Vernunft und Recht. Bausteine zu einem interkulturellen Rechtsdiskurs, Frankfurt 1996, 220-239.

<sup>3</sup> Höffe, Vernunft und Recht, 225.

### III

Das Problem der Allokation von Zuständigkeiten in der familialen Zeitorganisation konfrontiert uns zunächst mit einer außerordentlich komplexen Sachlage, die sich in den konkreten familialen Kleingruppen höchst unterschiedlich ausprägt. Die Ausgangslage lässt sich etwa so skizzieren: Da die bildungs- und ausbildungsbedingte Qualifikation längst nicht mehr geschlechtsspezifisch different ist, haben Frauen und Männer vergleichbare Berufsoptionen. Frauen beanspruchen eine ebenso eigenständige Berufsbiographie, wie sie Männern traditionell eingeräumt ist. Von der Realisierung dieser Optionen in Erwerbsarbeit hängt maßgeblich der ökonomische Lebensstandard ab. Das Rollenproblem der Geschlechter ist im Rahmen der unbestrittenen rechtlichen Gleichstellung weitgehend ungelöst. Es wird zumeist mit der Ankunft des ersten Kindes virulent und muss zwischen den Eltern ausgehandelt werden. Als Zeitproblem ist das Rollenproblem von der Tatsache betroffen, dass Familienarbeitszeit im Vergleich zur Erwerbsarbeitszeit ökonomisch kaum entlohnt, gesellschaftlich wenig geschätzt wird, in der Berufsperspektive oft mit Dequalifizierung und Minderung der Chancen verbunden ist und sich in der Altersversorgung nachteilig auswirkt. Jeder Verzicht auf Erwerbsarbeit zugunsten der Familienarbeit bedeutet in der Regel einen finanziellen Verlust, oft den des zweiten Einkommens, und das bei steigenden Kosten etwa angesichts des erhöhten Wohnraumbedarfs. In dieser Logik werden Kinder in Schichten mit geringerem Einkommen unvermeidlich zum Armutsrisiko. Aus ökonomischer Sicht ist es ein Ratschlag der Klugheit, kinderlos zu bleiben bzw. den familialen Zeitaufwand zu minimieren, da das Gefüge der sozialen Teilsysteme die Familie eindeutig pönalisiert.

Diese allgemeine Ausgangslage variiert in ihren Auswirkungen allerdings stark mit den besonderen Umständen, in denen Familien leben. Das gilt etwa hinsichtlich der unterschiedlichen Familienformen, je nach dem, ob es sich um die nach wie vor dominante Ehegattenfamilie handelt, um eine nichteheliche familiale Gruppe, eine Alleinerzieherfamilie oder eine Stieffamilie. Selbstverständlich spielt auch die Kinderzahl eine zentrale Rolle, aber auch die Beanspruchung der Familie, zumeist der Frau, durch häusliche Pflege. Unterschiede ergeben sich auch aus den diversen Optionen, Erwerbsarbeit und Familienarbeit miteinander zu vereinbaren, je nach dem ob eher eine uneingeschränkt simultane Vereinbarkeit angestrebt wird oder eine phasenorientiert sukzessive bzw. eine (durch Teilzeitarbeit) eingeschränkt simultane. Diese Varianten der familialen Zeitorganisation hängen außerdem oft zusammen mit den besonderen sozialen Kontexten der Kernfamilie, etwa vom familialen Engagement von Großeltern und anderer Verwandter, von der Verfügbarkeit von Tagesmüttern und geeigneter Betreuungseinrichtungen, vom Zustandekommen familial orientierter Netzwerke etwa in Form von Elterninitiativen, Mütter- und Familienzentren, Mutter-Kind-Gruppen etc. Von großer Bedeutung ist auch die Frage, ob die wirtschaftlichen Unternehmen vor Ort und die öffentlichen Hände als Arbeitgeber bestrebt sind, Erwerbsarbeit familienorientiert zu gestalten, wie das, wenn auch erst in geringem Ausmaß, bereits geschieht, oder ob sie ohne Rück-

sicht auf die familiäre Situation der Mütter und Väter ein Maximum an unternehmensorientierter Flexibilität, Mobilität und beruflichem Engagement fordern. Zudem stellen sich die Fragen der familialen Zeitorganisation noch einmal je unterschiedlich in einem großstädtischen und in einem kleinstädtischen oder ländlichen Wohnumfeld.

Zu dieser Vielfalt der Umstände kommt aber noch ein weiterer Gesichtspunkt. In den früheren Familienformen, etwa im bäuerlichen Haus der Agrargesellschaft oder in der bürgerlichen Familie der Industriegesellschaft, sorgten tradierte Rollenfixierungen und soziale Kontrolle für ein hohes Maß einheitlicher, rechtlich abgesicherter Reglementierung. Die Eheleute traten als Mütter und Väter in feststehende, fast schablonenartig vorgegebene familiäre Funktionen. Dagegen bewirkte der soziale Wandel in den letzten Jahrzehnten einen enormen Schub in Richtung Pluralisierung und Individualisierung auch und gerade bezüglich der familial relevanten Orientierungen, Motivationen und Präferenzen. Natürlich wird man angesichts dieser Entwicklung aus der Sicht einer christlichen Sozialethik bestimmte Akzente setzen, vor allem den, dass die auf Dauer gestellte Ehegattenfamilie grundsätzlich eine Konstante christlich verstandener Humanität darstellt und andere Familienformen im Vergleich dazu immer in gewisser Hinsicht defizient sind und darum als solche nicht intendiert werden sollten. Aber einerseits ist auch diese vollständige Familienform offen für vielfältige Interpretationsmöglichkeiten und andererseits ist sie im gesamtgesellschaftlichen Pluralismus der Orientierungen längst nicht mehr die einzige akzeptierte Familienform.

Dabei stellt sich folgende Frage: Sind alle praktizierten, vorgeschlagenen oder propagierten Varianten der familialen Zeitorganisation, insbesondere alle Varianten der außerhäuslichen Kinderbetreuung in den diversen Altersstufen der Kinder vom Säugling bis zum Schulkind, im Hinblick auf das Kindeswohl als gleichwertig zu betrachten?<sup>4</sup> Stellt die ganztägige außerhäusliche Betreuung der Kleinstkinder in Kinderkrippen und Krabbelstuben tatsächlich eine äquivalente Alternative dar zur familialen Betreuung? Die humanwissenschaftlichen Antworten scheinen eher kontrovers und keineswegs so eindeutig zu sein, dass die Frage als geklärt gelten kann. Oft hat man den Eindruck, dass die humanwissenschaftliche Forschung, so empirisch sie auch sein mag, nicht jenseits aller Hermeneutik betrieben wird, sondern dass in ihre theoretischen Zugriffe Vorverständnisse und Einstellungen einfließen, die nicht ohne Bedeutung für die Resultate sind. Damit aber bleibt das Problem letztlich doch eine Gewissensfrage der Eltern und ihre Beantwortung hängt von deren Orientierungen, Präferenzen und Einstellungen ab, ganz abgesehen davon, dass das zeitintensive, fördernde und betreuende Miterleben der frühen Entwicklung eigener Kinder als etwas Faszinierendes und Erfüllendes erfahren werden kann, als *vita activa* im Sinne von Hannah Arendt, also als ein Tätigsein, das sich im Unterschied zur ökonomischen Produktion "direkt zwischen Menschen abspielt".<sup>5</sup>

---

<sup>4</sup> Heinz Lampert: *Priorität für die Familie. Plädoyer für eine rationale Familienpolitik*, Berlin 1996, 18-54; Kaufmann (Anm. 1), 29-81.

<sup>5</sup> Hannah Arendt: *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, 1981, 14.

Die Fragen, wie Familie konkret zu gestalten, das familiäre Rollenproblem der Geschlechter konkret zu lösen und im Zusammenhang damit die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit zu verwirklichen ist, verweisen angesichts dieser Komplexität zunächst auf die Familie selbst und die maßgeblichen Orientierungen der familial zuständigen Personen.<sup>6</sup> Als grundlegendes Modell kann hier nur das Vertragsmodell in Frage kommen. Die Partner müssen im Sinne ihrer Orientierungen die für sie verantwortbare und praktikable Antwort miteinander aushandeln und finden. Das mag im konkreten Fall schwierig und konfliktträchtig sein. Prinzipiell aber handelt es sich um einen an sich begrüßenswerten Freiheitsgewinn, um einen Spielraum familialer Autonomie im Rahmen der gesetzlich festgelegten rechtlichen Grenzen. Diese Autonomie ist auch familienpolitisch anzuerkennen und sollte nicht durch familienpolitische Maßnahmen unterlaufen werden. In Auslegung von Art. 6 Abs. 1 und 2 GG betonte darum das Bundesverfassungsgericht 1998, der Staat habe "die Familiengemeinschaft sowohl im immateriell-persönlichen als auch im materiell-wirtschaftlichen Bereich in ihrer jeweiligen eigenständigen und selbstverantwortlichen Ausgestaltung zu respektieren".<sup>7</sup>

## IV

Wir skizzierten die Komplexität, in der sich das Problem der familialen Zeitorganisation stellt, einerseits von der Vielfalt und Verschiedenheit der möglichen Varianten und äußeren Umstände her und andererseits im Blick auf die Pluralität der innerfamilialen Orientierungen, Präferenzen und Einstellungen. Angesichts dieser Sachlage scheint es sich in der Perspektive des Subsidiaritätsprinzips nahe zu legen, die Zuständigkeit für die familiäre Zeitorganisation so weit wie möglich bei der Familie selbst zu allozieren und gegenüber den übergeordneten sozialen Gebilden, auch gegenüber der Familienpolitik, auf die Respektierung des Kompetenzanmaßungsverbots zu insistieren. Wie die familial notwendige und wünschenswerte Zeit etwa gegenüber der Erwerbsarbeitszeit zu bemessen und zu organisieren ist, hängt von den je unterschiedlichen Gegebenheiten ab und lässt sich nicht generell, sondern nur konkret bestimmen.

Damit ergibt sich für das Hilfestellungsgebot des Subsidiaritätsprinzips folgende Konsequenz: Die Hilfestellung seitens der anderen Teilsysteme sollte so erfolgen, dass sie die autonome Entscheidungskompetenz der Familie nicht beeinträchtigt, sondern anerkennt und unterstützt. Sie sollte also den Familien eine Pluralität von Varianten der Zeitorganisation eröffnen, unter denen die konkret passende bzw. die seitens der Eltern bevorzugte frei gewählt werden kann. Dabei darf die familiäre Wahlfreiheit nicht formal bleiben, sondern die Hilfe-

---

<sup>6</sup> Arno Anzenbacher: Geschlechterdifferenz und Familienpolitik, in: N.Goldschmidt u.a. (Hg.): Die Zukunft der Familie und deren Gefährdungen (FS f. Norbert Glatzel), Münster 2002, 223-240.

<sup>7</sup> Bundesverfassungsgericht (1998), Leitsätze zum Beschluss des Zweiten Senats vom 10. November 1998 sowie 2 BvR 1057/91, 2 BvR 1226/91, 2 BvR 980/91, 23f.; vgl. dazu: Thomas Bernöster: Grundlagen zur aktuellen Familienpolitik in Deutschland. Ein Plädoyer für eine ordnungspolitische Ausgestaltung der Familienpolitik, Grafschaft 2000, 463-466.

stellung sollte gerade darin bestehen, dass die Varianten faktisch ermöglicht, also ohne unzumutbare ökonomische oder sonstige Nachteile realisiert werden können und so echte Verwirklichungschancen familialer Freiheit darstellen.

So gesehen kann die Aufgabe familienpolitischer Hilfestellung nicht darin bestehen, einseitig eine bestimmte Variante zu präferieren und mit den vorhandenen knappen Ressourcen zu fördern, z.B. eine möglichst voll simultane Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit durch ein möglichst umfassendes Betreuungsangebot von der Kinderkrippe bis zur Ganztagschule in möglichst unentgeltlichen öffentlichen Einrichtungen. Denn eine solche einseitige familienpolitische Bevorzugung und Förderung dieser einen Variante liefe auf die indirekte Pönalisierung anderer Varianten hinaus. Das aber hätte vor allem für die unteren Einkommenschichten die Konsequenz, dass andere Varianten faktisch nicht mehr oder nur mit größten Schwierigkeiten gewählt werden könnten. Der Steuerungseffekt einer derartigen Familienpolitik hätte die Tendenz, das Kompetenzanmaßungsverbot bzw. die familiale Autonomie zu unterlaufen. Dabei möchte ich weder die Dringlichkeit einer verbesserten Vereinbarkeit von Familien- und Berufsarbeit noch den Bedarf an geeigneten Betreuungseinrichtungen in Frage stellen, sondern lediglich die Tendenz, durch familienpolitische Weichenstellungen die Zuständigkeit der Familie zu beschränken, ihre Zeitorganisationsprobleme eigenverantwortlich zu lösen. Auch in Zukunft sollte, vor allem im Fall einer größeren Kinderzahl, die Variante der hauptberuflichen Hausfrau und Mutter ohne Diskriminierung wählbar sein.

## V

Werfen wir einen kurzen Blick auf einige zentrale Probleme der familialen Zeitorganisation!<sup>8</sup> Die Schwierigkeiten, die ihrer Lösung entgegenstehen, hängen zu einem großen Teil mit dem Sachverhalt zusammen, den Jürgen Habermas als "Kolonialisierung der Lebenswelt"<sup>9</sup> charakterisiert, d.h. als die zunehmende Prägung unserer Lebenskontexte durch die Autopoiesien der anderen Teilsysteme. Diese setzen zwar die familialen Leistungen voraus, behandeln jedoch die dazu erforderliche Zeit gewissermaßen wie ein schwarzes Loch oder einen Fremdkörper, der anderweitig verwertbare Zeit ohne marktrelevanten Nutzen im ökonomischen Abseits verbraucht. Dabei bleibt oft unbeachtet, dass unsere Gesellschaft sich ein immenses Reservoir ungenutzt brach liegender Zeit leistet, nämlich die Massenarbeitslosigkeit.

Ein wichtiges Problem der familialen Zeitorganisation betrifft die Tendenz, den Zeitpunkt der Familiengründung bzw. der ersten Geburt immer weiter, oft weit ins dritte Lebensjahrzehnt hinaus zu schieben, ihn also an den Rand der biologisch günstigen Fruchtbarkeitsphase zu rücken, was oft – aus welchen Gründen immer – letztlich zu Kinderlosigkeit führt. Prof. Bertram hat darauf hingewiesen, dass diese Tendenz sowohl mit der Dauer als auch mit der

---

<sup>8</sup> Max Wingen: Bevölkerungsbewusste Familienpolitik. Grundlagen, Möglichkeiten und Grenzen, Wien 2003.

<sup>9</sup> Jürgen Habermas: Theorie des kommunikativen Handelns, Frankfurt 1981, Bd. II., 522.

starken Kontinuitätsstruktur des Bildungs- und Ausbildungssystems zu tun hat, das zusammen mit der Phase der beruflichen Etablierung einen langen, die Lebensplanung bestimmenden biographischen Zeitraum bildet, der sich nur schwer ohne beträchtliche Nachteile unterbrechen lässt.<sup>10</sup> Ich kann mich seiner Empfehlung nur anschließen, dass versucht werden sollte, die Struktur dieses Zeitraums so aus- und einstiegshilffreundlich zu gliedern, dass praktikable familiäre Zwischenzeiten möglich werden. Gefordert ist hier einerseits die Bildungspolitik, andererseits aber auch die Wirtschaft.

Von zentraler Bedeutung für die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit ist es, einen Ausweg aus dem Wertdilemma zu finden, das in der prinzipiellen Gegenläufigkeit besteht zwischen der ökonomischen Logik der Arbeitswelt und jener des familialen Lebens. In der Regel wirkt sich dieses Dilemma zu Lasten der Familie aus. Ein Ausweg aus diesem Dilemma kann letztlich nur in einer stärkeren Familienorientierung der Erwerbsarbeit liegen, also darin, dass sich mehr Unternehmen, aber auch die öffentliche Verwaltung, dem Anliegen einer familienbewussten Personalpolitik öffnen. Beispielhafte Initiativen gibt es, etwa die gemeinnützige *Beruf & Familie GmbH*, die familienorientierten Unternehmen auf Grund strenger, regelmäßig überprüfter Kriterien Zertifikate ausstellt.<sup>11</sup> Dabei geht es z.B. um familien- und nicht nur unternehmensorientierte Zeitflexibilität und Mobilität, um Vorkehrungen für Qualifikationserhalt und Qualifikationsausbau im Fall des zeitweisen familienbedingten Ausscheidens, um Anerkennung und Nutzung familial gewonnener Kompetenzen und um die Bereitstellung betrieblicher Kinderbetreuungseinrichtungen. Unternehmen, die – durchaus aus wohlverstandenen personalpolitischen Eigeninteressen – eine derartige Familienorientierung praktizieren, stellen jedoch nach wie vor eine Minderheit dar. Aber nicht nur die Unternehmen sind hier gefordert. Auch die Gewerkschaften sollten über die allgemeinen Interessen der Arbeitnehmer hinaus, auch deren familiäre Interessen vertreten und sie in Tarifverhandlungen thematisieren. Da die Forcierung der Familienorientierung der Wirtschaft unumgänglich ist, ist es auch Aufgabe der Politik bzw. des Gesetzgebers, subsidiär durch entsprechende Rahmenordnungen und Maßnahmen gestaltend mitzuwirken.

Angesichts der Tatsache, dass Kinder für untere Einkommensschichten nach wie vor ein Armutsrisiko darstellen und Familien im Vergleich zu Kinderlosen ökonomisch massiv benachteiligt sind, ist eine familienfreundliche Zeitorganisation wesentlich auch eine Frage des familiengemäßen, bedarfsgerechten Einkommens, das über das Erwerbseinkommen der Eltern hinaus die Leistungen der Familie für die Gesellschaft anerkennt und honoriert. Ich gehe hier nicht auf die speziellen Fragen der Steuergerechtigkeit und des Familienleistungsausgleichs ein. Prinzipiell stimme ich der Gerechtigkeitstheoretischen Argumentation von Angelika

---

<sup>10</sup> Hans Bertram: *Zeit für Kinder*, Vortragstyposkript.

<sup>11</sup> Artur Wollert: *Familienbewusste Personalpolitik in Unternehmen. Kann man Familienbewusstsein messen?*, in: *zur Debatte. Themen der Katholischen Akademie in Bayern*, 33(2003)7, 27f.; vgl. auch: André Habisch (Hg.): *Familienorientierte Unternehmensstrategie*, München 1995.

Krebs<sup>12</sup> zu: Jene Familienarbeit begründet gegenüber der Gesellschaft einen Anspruch auf Honorierung bzw. Entgelt, die, wenn sie nicht familial erbracht würde, durch die Gesellschaft substituiert und geleistet werden müsste. Ein solcher Substitutionsbedarf bestünde zweifellos einerseits für die Betreuung und Erziehung von Kindern und andererseits für die Pflege kranker oder alter Menschen. Die dafür aufgewendete Familienarbeitszeit ist durchaus kommensurabel mit jener Erwerbsarbeitszeit, die in außerhäuslichen Betreuungs-, Erziehungs- und Pflegeeinrichtungen erbracht wird. Ein umfassender Familienleistungsausgleich müsste diesen Zusammenhang voll berücksichtigen.

Angesichts der skizzierten Komplexität, in der sich die Fragen der familialen Zeitorganisation vor allem im Blick auf die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit stellen, ist im Bereich der Betreuung und Erziehung der Kinder ein vielfältiger Mix aus hilfestellenden Angeboten, ein Ineinandergreifen von privater und öffentlicher Verantwortung wünschenswert, damit die je besondere Lage der konkreten Familie berücksichtigt werden kann. Im Sinne des Kompetenzzanmaßungsverbots des Subsidiaritätsprinzips sollten insofern die familienpolitisch verfügbaren finanziellen Mittel möglichst bei den Familien selbst alloziert werden. Sie sollen entscheiden können, wieweit sie diese Mittel selbst verwenden, um Betreuungs- und Erziehungsarbeit innerfamilial zu leisten, wieweit sie diese zur Finanzierung außerhäuslicher Betreuungs- und Erziehungseinrichtungen oder für Tagesmütter einsetzen oder wieweit sie diese Mittel aufwenden wollen zum eigenverantwortlichen Aufbau zivilgesellschaftlicher familialer Elterninitiativen, Gruppen und Netzwerke. Denn die Klientelisierung der Eltern im Rahmen professioneller Dienste und Einrichtungen<sup>13</sup> sollte nicht zur alternativlosen Bedingung der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit werden. Ein bedarfsgerechtes Angebot an möglichst zeitflexiblen Einrichtungen ist zweifellos wichtig und geboten. Es ist aber nur ein Teil im Mix wünschenswerter Angebote und sollte darum nicht einseitig und schon gar nicht exklusiv gefördert werden.

Die familiale Zeitorganisation hängt hinsichtlich der Verteilung der Familienarbeitszeit und der Zuordnung von Familien- und Erwerbsarbeit zumeist eng zusammen mit der Frage, wie in der konkreten Familie das Rollenproblem der Geschlechter gelöst wird. Ich wies bereits darauf hin, dass ich in dieser Frage keine Alternative zum Vertragsmodell sehe, in welchem sich die Partner selbst auf die für sie praktikable Lösung einigen. Das heißt aber zugleich, dass es nicht Sache der Politik sein kann, in dieser Frage über die unbestrittene rechtliche Gleichberechtigung von Frau und Mann hinaus eine gesellschaftlich verbindliche Definitionsmacht ihrer familialen Rollen zu beanspruchen und zu versuchen, diese familienpolitisch durchzusetzen. Eine egalitaristische Rollenfixierung kann ebenso repressiv sein wie eine differenziel-

---

<sup>12</sup> Angelika Krebs: Arbeit und Liebe. Die philosophischen Grundlagen sozialer Gerechtigkeit, Frankfurt 2002, 52-84.

<sup>13</sup> Annemarie Gerzer-Sass: Welche Zukunft hat Familie? – aus der Sicht der Familienforschung, in: zur debatte. Themen der Katholischen Akademie in Bayern, 33(2003)7, 28-30.

le. Die Geschlechterdifferenz lässt sich in einer freiheitlichen Gesellschaft nicht definitiv auf den Begriff bringen, schon gar nicht durch die Politik. Wie egalitär oder differenziell Personen ihr Frausein und ihr Mannsein, ihre Mutterschaft und ihre Vaterschaft verstehen, ist jeweils ihre Sache und familial Sache ihrer Vereinbarung. Die Varianten, die sich daraus ergeben, sind grundsätzlich zu respektieren.

Im Hintergrund dieser Probleme steht immer auch die Frage nach dem Ansehen bzw. der Wertschätzung der Familienarbeit und der dafür erforderlichen Zeit im Bewusstsein der Öffentlichkeit. Angesichts der gesamtgesellschaftlichen Unverzichtbarkeit der spezifisch familialen Leistungen ist zweifellos eine Aufwertung anzustreben, welche die familiäre Arbeit ebenso als berufliche und sozial wertvolle Arbeit anerkennt wie die Erwerbsarbeit. Eine solche Aufwertung der familialen Zeit hängt nicht zuletzt von dem Image ab, das in den Medien verbreitet wird. Aber auch die Bildungspolitik könnte dazu, etwa über die Schulen, einen Beitrag leisten.

Ich weise zum Schluss nochmals darauf hin, dass es jenseits der strukturellen Fragen der familialen Zeitorganisation, die wir sozialetisch beleuchteten, auch zentrale individuelle Probleme gibt, die sich nicht auf die strukturellen reduzieren lassen, so sehr sie von diesen auch beeinflusst sein mögen. Es geht dabei um die individuellen Präferenzen, die moralischen Einstellungen und die Wertorientierungen der Personen, die über die Gründung einer Familie entscheiden bzw. familial zusammenleben. Gelingendes Familieneben setzt dauerhafte Bindungs-, Beziehungs- und Konfliktfähigkeit sowie die Bereitschaft voraus, langfristig, verlässlich und fürsorglich Verantwortung für Menschen zu übernehmen, für Kinder und Partner. Je unverbindlicher und brüchiger die Beziehungen der Partner sind, je stärker Individualisierung die Solidarität blockiert, desto riskanter werden Lebenspläne, die Zeit für Familie vorsehen. In diesem Sinne hat der große französische Philosoph Paul Ricoeur<sup>14</sup> sicher Recht mit dem Wort, die Ehe bleibe "die höchste Wette unserer Kultur".

---

<sup>14</sup> Paul Ricoeur: Sexualität. Wunder-Abwege-Rätsel, 1967,13.

# Zeit für Familie!

## Thesen zur Zukunft der Familien in Deutschland

P. Dr. Manfred Entrich OP, Zusammenfassung und Vortrag

Familie ist ein Ort der Wertschöpfung in einem sehr umfassenden Sinn dieses Wortes. Damit das Leben in den Familien gelingen und Familie ihre Bedeutung entfalten kann, gilt es Rahmenbedingungen zu schaffen und zu sichern, die in der modernen Gesellschaft nicht selbstverständlich vorhanden sind.

Im Rahmen der Fachtagung „Zeit für Familie – ein Beitrag zur Vorbereitung des 7. Familienberichts“ von 10. bis 11. Februar in der Katholischen Akademie Berlin wurden wesentliche Aufgaben einer zukunftsorientierten Familienpolitik aus der Sicht der katholischen Familienfachverbände formuliert.

### 1. Eine Kultur der Familie ermöglichen und sichern

Familien sind gesellschaftliche Teilsysteme. In der Regel leisten für sie ihre Mitglieder in einem erheblichen Maß die Organisation des Alltagslebens auf unterschiedlichsten Ebenen. Sie stellen einen Ort der Sicherheit und eine zuverlässige Ressource für verschiedenste Lebensbereiche dar. Dies können Familien jedoch nur dann leisten, wenn sie in der Lage sind, geregelte Strukturen und somit eine je eigene Familienkultur zu entfalten. Bei aller Pluralität, in der sich eine solche Kultur ausbildet, sind es insbesondere die gemeinsame Freizeit, die bewusst miteinander verbrachte, die durch Rituale geprägte oder die gemeinsam geplante Zeit, die einer familialen Kultur Qualität verleiht. Neben Urlaub und Freizeit hat auch der Sonntag als gemeinsamer freier Tag in diesem Zusammenhang seine besondere und unverzichtbare Bedeutung.

### 2. Den „Balanceakt Familie“ im Blick behalten

Veränderte und gestaltungsoffene Rollenverständnisse zwischen Männern und Frauen aber auch zwischen Eltern und Kindern sind eine große Chance für die personale Entfaltung aller Mitglieder einer Familie. Sie bedeuten jedoch auch eine enorme Gestaltungsaufgabe und einen immer wieder neuen Balanceakt zwischen vielen Anforderungen, Bedürfnissen und Erwartungen. Verlässliche Partnerschaft ist in dieser Verknüpfung zugleich ein zentrales Ziel wie auch eine unabdingbare Grundlage für eine gute Weiterentwicklung. Daraus ergibt sich die bleibende Bedeutung der Ehe.

Wer von der Familie und ihrem Balanceakt spricht, muss sich klar vor Augen halten, dass die Lebenswirklichkeiten, in denen Menschen diesen Balanceakt Familie leben, in vieler Hinsicht problembeladen und nicht selten bis über die Grenzen der Belastbarkeit herausfordernd sind.

### 3. Die Infrastruktur für Familie sichern und ausbauen

Um in dieser Situation bestehen zu können, brauchen Familien eine funktionstüchtige und hilfreiche Infrastruktur: Seien es Angebote der Familienbildung, der Familienberatung, Betreuungsangebote für Kinder, seien es auf Erziehungspartnerschaft ausgerichtete Bildungsinstitutionen oder auch die Angebote und Dienste der Jugendpflege und der Jugendhilfe. Es handelt sich hier um ein Netzwerk der Unterstützung und Förderung, auf das Familien insgesamt angewiesen sind. Viele dieser Dienste werden sinnvoller Weise von freien Trägern übernommen. Es bleibt aber festzuhalten, dass es sich hier unabwendbar um öffentliche Aufgaben handelt, für die der öffentliche Träger Gesamtverantwortung und Steuerungsfunktion wahrzunehmen hat.

Die vorhandene Infrastruktur ist an vielen Stellen verbesserungswürdig, wie die aktuelle Diskussion um die außerhäusliche Betreuung von Kindern deutlich zeigt. In Zeiten allgemeiner Sparsbemühungen ist insbesondere dafür Sorge zu tragen, dass das Gesamt dieser Strukturen nicht noch weiter geschmälert und beschädigt, sondern unter Nutzung aller Ressourcen weiterentwickelt wird.

### 4. Die Solidarität der Generationen fördern

Ehe und Familie sind Verantwortungsgemeinschaften. Die Wechselseitigkeit dieser Verantwortung füreinander wird vor allem in der Langfristperspektive deutlich: Familie ist der Ort, an dem Menschen verschiedener Generationen weit über die Transfers staatlicher Sozialsysteme hinaus Verantwortung füreinander übernehmen. Familie ist zudem der Ort, an dem die Menschen sich lebenslang in diese Verantwortung eingebunden fühlen, sei es in der Erziehung von Kindern, in der Unterstützung junger Erwachsener bei der Existenzgründung, sei es in der Sorge für und der Pflege von alten Menschen oder sei es in einer der unzählbaren Formen mitmenschlicher Solidarität, die mehr oder weniger selbstverständlich zum Alltag von Familien gehören. Die Bedeutung dieser Werte, die viel mit der Grundhaltung der Treue zu tun haben, gilt es zu würdigen, nicht zuletzt angesichts der bevorstehenden demographischen Herausforderungen, die die generationenübergreifende Solidargemeinschaft erheblich belasten werden. Die Leistungen, die Familien hier erbringen, verdienen eine verstärkte Förderung, durch allgemeine Anerkennung, aber auch durch entsprechende finanzielle Berücksichtigung.

## 5. Die Notwendigkeit finanzieller Leistungen sehen

Familien sind unverzichtbare und leistungsfähige, aber zugleich auch kleine und schutzbedürftige gesellschaftliche Teilsysteme. Deshalb ist es notwendig aber auch gerechtfertigt, finanzielle Leistungen für Familien zu fordern, die sowohl der Entlastung als auch der Förderung von Familien dienen. Zum einen ist hier die Forderung nach einer umfassend gerechten Behandlung von Familien im Bereich der Steuern und der Sozialabgaben zu erheben. Familien dürfen für ihre Leistungen und die daraus entstehenden Belastungen nicht auch noch benachteiligt werden. Finanzielle Transfers wie das Erziehungsgeld, das Mutterschaftsgeld oder das Kindergeld, aber auch die Wohnungsbauförderung für Familien sind keine Subventionen, die man mit dem Verweis auf allgemeine Sparzwänge streichen könnte.

Insbesondere lassen sich Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur für Familien nicht mit der Streichung finanzieller Leistungen für Familien aufrechnen. Eine solche Familienpolitik wäre ausgesprochen eindimensional und würde den Familien jenen Handlungsspielraum nehmen, den sie brauchen, um ihre Balance dauerhaft halten zu können.

## 6. Familienfreundliche Konzepte in der Berufswelt fördern und verbreiten

Immer mehr Familien wollen eine andere Form der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie fordern eine familiengerechtere Arbeitswelt. Die Arbeitswelt muss hierzu die Belange von Eltern, die erwerbstätig sind, stärker berücksichtigen. Dies gilt bei der Organisation der Arbeit aber auch während der Arbeitszeit.

Die Arbeitgeber müssen gewonnen werden, neue Zeitmodelle mitzugestalten. Die unterschiedlichen Lebensbedürfnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihrer Familien brechen sich manchmal mit den Interessen der Unternehmen, für die sie tätig sind. Das Modell einer Work-Life-Balance versucht die Lebensbedürfnisse so zu organisieren, dass sie im Grundsatz gleichberechtigt nebeneinander stehen. Unternehmen und Betriebe, die ihre Mitarbeiter z.B. durch kreative, individuelle Arbeitszeitmodelle unterstützen, eine bessere Work-Life-Balance zu erreichen, steigern deren subjektive Zufriedenheit und damit nachweislich auch deren Motivation und Arbeitsergebnisse.

Hierzu können Unternehmen auch Kooperationen mit öffentlichen und privaten Trägern eingehen, die ein plurales Angebot der Kinderbetreuung sicherstellen, hohe Qualitätsstandards gewährleisten und sich nach den Bedürfnissen von Kindern und Eltern richten.

## 7. Die Bedeutung der Familienarbeit ins Bewusstsein heben

Die Erwerbsarbeitszeit nimmt in der öffentlichen Wahrnehmung im Verhältnis zur Familienarbeitszeit und zur ehrenamtlichen Arbeitszeit eine herausgehobene Stellung ein. Hierin kommt auch eine gesellschaftliche Bewertung dieser verschiedenen Arbeitszeiten zum Ausdruck.

Dabei hat die aktuelle Zeitbudgeterhebung 2001/2002 gezeigt, dass unbezahlte Arbeit mehr Stunden umfasst als bezahlte Arbeit und auch ihr volkswirtschaftlicher Wert deutlich höher ist.

Familienarbeit, ehrenamtliches Engagement und Erwerbsarbeit müssen als gleichwertig anerkannt werden. Dies kann dazu beitragen, dass Elternzeit nicht nur als Unterbrechung von Erwerbsarbeitszeit und eine Sozialzeit nicht als „Auszeit“ eines gestressten Arbeitnehmers gelten, sondern mindestens als gleichwertige Tätigkeiten.

## 8. Die Ausbildungsorganisation verändern

Das Phänomen der Segmentierung der Lebensphasen „Lernen“ und „Arbeiten“ und die im internationalen Vergleich überdurchschnittliche Dauer der Erstausbildung in Deutschland sind zentrale Probleme für die Gesellschafts- und Familienpolitik: Lernen, Arbeiten und Familiengründung müssen in Deutschland im Lebenszyklus grundsätzlich neu balanciert werden. Wir befürworten eine Verkürzung der Schulausbildung, eine Modularisierung der Bildung, berufsbegleitende Fort- und Weiterbildungen, geeignete Rahmenbedingungen für Zweitausbildungen (z.B. auch in Teilzeitform) und Karriereperspektiven nach und neben der Familiengründung.

Zahlreiche Weiterbildungseinrichtungen haben bereits Konzepte und Modellprojekte für entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen entwickelt, an die angeknüpft werden könnte.

Die Änderung der Ausbildungsorganisation muss für Männer und Frauen gelten. Neue Forschungen zeigen, dass insbesondere junge Männer nicht mehr Verantwortung für Familien übernehmen wollen, weil es ihre Karrierechancen auf dem Erwerbsarbeitsmarkt zu sehr einschränkt.

## Beteiligte katholische Verbände

Bundesarbeitsgemeinschaft Katholischer Familienbildungsstätten

Deutscher Caritas Verband

Familienbund der Katholiken

Katholische Arbeitnehmerbewegung Deutschlands

Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands

Katholischer Berufsverband der Familienpflegerinnen und Dorfhelferinnen

Katholischer deutscher Frauenbund

Kolpingwerk Deutschland

Sozialdienst Katholischer Frauen

Verband der wissenschaftlichen katholischen Studentenvereine UNITAS

Zentralkomitee der Deutschen Katholiken

---